

# Zeit für einen Kurswechsel

Russland ist nicht an kooperativen Beziehungen mit dem Westen interessiert, sondern sucht die Konfrontation, sagt der Politikwissenschaftler Prof. Joachim Krause. Er fordert deshalb grundlegende Veränderungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.



Dieses aus einem Video entnommene Foto zeigt russische Soldaten während einer Übung auf der Halbinsel Krim.

Von Joachim Krause

Seit Anfang April beunruhigt der Aufmarsch russischer Militäreinheiten an der Grenze zur Ukraine die Menschen. Der Aufmarsch hat dabei eine Dimension und eine Qualität erreicht, die mehr und mehr Beobachter zu der Annahme führt, dass Russland eine größere Offensivoperation plant – entweder um den Osten der Ukraine einzunehmen, oder den gesamten russischsprachigen Teil, oder vielleicht die Ukraine vollständig zu zerschlagen. Heeres- und Luftwaffeneinheiten mit mehr als 80 000 regulären Soldaten standen Mitte April auf der Krim und im Bereich östlich des Donbass. Hinzu kamen mehr als 20 000 Soldaten im Donbass, die allerdings eher als irreguläre Truppen einzustufen sind. Hinzu kam ein massiver Aufzug von Marineschiffen. Nach der Ankündigung des Abzugs der Truppen durch den russischen Verteidigungsminister Shoju hat sich die Lage etwas entspannt, aber die Rückführung der Truppen läuft nur langsam ab und es wäre nicht das erste Mal, dass ein angekündigter russischer Abzug ausbleibt.

## „Die Ursache liegt im korrupten und kleptokratischen System Russlands“

Wie immer diese Episode ausgehen wird, es ist Zeit für die deutsche Politik, sich einige grundlegende Veränderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands vor Augen zu führen und daraus die notwendigen Entscheidungen für deutsche und westliche Politik zu ziehen:

1. Russland ist nicht an kooperativen Beziehungen mit dem Westen interessiert, sondern sucht die Konfrontation. Die Ursache dafür liegt nicht in Fehlern westlicher Politik, sondern in dem korrupten und kleptokratischen System Russlands. Das Land wird faktisch von einer mafiaähnlichen Macht-

vertikale regiert, deren Spitzenkräfte sich selber unendlich bereichern. Interner Widerstand wird zunehmend durch brutale Unterdrückung neutralisiert. Aggressivität und Konfrontation nach Außen sind wichtige Instrumente, um innenpolitisch den Druck aufrechtzuerhalten. Die Nemesis dieser Machtvertikale ist die farbige Revolution, also ihr Sturz durch einen Aufstand der Bevölkerung. Die russische Führung macht den Westen für Regimewiderstand verantwortlich und antwortet mit einer eigenen Strategie zur Destabilisierung westlicher Demokratien.

2. Russland setzt in seiner Außenpolitik immer stärker auf militärische Instrumente. In den vergangenen 15 Jahren hat das Militär eine sehr effektive Reform durchlaufen, an deren Ende Russland wieder Invasionsfähigkeit und (wie Syrien gezeigt hat) auch eine Interventionsfähigkeit besitzt. Es war eine große Leistung der internationalen Diplomatie, dass sich Ende 1990 der Westen und die damalige Sowjetunion darauf verständigten, dass kein Staat in Europa in Friedenszeiten die Fähigkeit zur großangelegten Invasion anderer Länder haben soll. Diese Errungen-



Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj besuchte im April die Truppen im Donbass. Das Gebiet erstreckt sich beiderseits der russisch-ukrainischen Grenze.

schwichtigungspolitik hinweist. Im Gegensatz zu den USA gibt es heute keinen Diplomat oder Amtierenden General von Statur, der wie seinerzeit George F. Kennan in seinem „langen Telegramm“, den Irrweg der eigenen Politik aufzeigt – und dann auch von der politischen Spitze wahrgenommen

wird. Stattdessen sind die Beschwichtiger und Warner vor Rüstungswettläufen tonangebend, die die russische Aufrüstungspolitik als Spielerei abtun – darunter auch ein früherer Generalinspekteur der Bundeswehr, der es eigentlich besser wissen müsste.

Die heutige militärische Bedrohung durch Russland ist sehr viel geringer als diejenige durch die Sowjetunion zur Zeit des Kalten Krieges. Von Invasionen abzuschrecken, dürfte für das Bündnis eigentlich eine machbare Aufgabe sein. Wichtig sind dabei Beiträge Deutschlands, welches nicht mehr Frontstaat, sondern das Drehkreuz und Hauptaufmarschgebiet der Nato sein dürfte. Entsprechende Verpflichtungen ist die Bundesregierung beim Nato-Gipfel in Wales eingegangen. Aber in der deutschen Politik ist das Logische und Einfache offenbar nicht selbstverständlich. Die Umsetzung der Verpflichtung, bis 2030 zumindest neun einsatzbereite Brigaden des Heeres dem Bündnis zur Verfügung zu stellen, wird immer mehr zeitlich hinausgeschoben und von einer der Regierungsparteien offen in Frage gestellt. Zum Vergleich: Der Aufbau der Bundeswehr mit 36 einsatzbereiten Brigaden des Heeres (von Null) fand seinerzeit innerhalb von etwas mehr als zwölf Jahren statt.

Professor Dr. Joachim Krause ist Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel.



Professor Dr. Joachim Krause

schaft ist heute verloren und Russland bedroht erneut Nachbarländer mit einer Invasion. Der Aufmarsch im Osten und Süden der Ukraine hat das erneut bestätigt. Aber schon seit der Militärübung Zapad 2013 ist deutlich geworden, dass Russland derartige Truppenaufmärsche auch im Ostseeraum vornehmen kann.

3. Der russische Aufmarsch gegen die Ukraine findet zum selben Zeitpunkt statt, wo die Volksrepublik China gegen Taiwan mobilmacht und dort eine Invasion droht. Dies dürfte kein Zufall sein. Seit einiger Zeit fällt auf, dass sich beide Regierungen annähern und mittlerweile eine bündnisähnliche Beziehung eingegangen sind, die gegen den Westen gerichtet ist. Nicht der große Krieg ist das Ziel, sondern die Lähmung der amerikanischen Fähigkeiten, entweder in Europa oder in Ostasien Verbündete oder strategische Partner vor russischen oder chinesischen Aggressionen zu schützen. Die USA sind derzeit nur in der Lage, entweder auf einem Kriegsschauplatz in Ostasien oder in Europa aktiv zu sein. Ausreichende Kräfte für zwei Kriege auf einmal sind nicht vorhanden. Dies stellt für Russland und China die Versuchung dar, gleichzeitig Militäraufmärsche zu veranstalten, die als Invasionsdrohungen verstanden werden müssen. Damit wird Washington vor das Dilemma gestellt, zu wählen, wer geschützt werden soll und wer nicht. Dieses Muster wird sich voraussichtlich im kommenden Jahrzehnt wiederholen. In der Bundesregierung wird dieser Wandel der russischen Politik zwar wahrgenommen, man gewinnt aber nicht den Eindruck, dass sich der notwendige sense of drama einstellt. Im Gegenteil, das Motto heißt offenkundig „Dialog mit Russland“ und „De-Eskalation“ um jeden Preis – selbst zum Preis der Selbstverleugnung. Es ist beschämend zu sehen, wie der deutsche Außenminister angesichts des einseitigen russischen Militäraufmarsches beide Seiten zur De-Eskalation auffordert (obwohl die Ukraine noch nicht einmal eine Mobilisierung eingeleitet hat). Damit unterstellt er, dass beide Seite gleichermaßen für die derzeitige Situation verantwortlich seien.

Es ist befremdend zu sehen, wie die Bundesregierung immer noch an dem Projekt Nord Stream 2 festhält, welches für die Energieversorgung Europas keine Bedeutung hat und primär dazu dient, die kleptokratischen Strukturen und den Militäraufwuchs Russlands zu finanzieren – und welches die Sicherheit der Ukraine gefährdet.

## „Die Bedrohung ist offenbar kein Thema der deutschen Politik“

Für die Ukraine sowie für Nato-Verbündete im Ostseeraum und im Schwarzen Meer ist die Bedrohung durch Russlands Militär mittlerweile von existenzieller Natur – und im Übrigen gilt das auch für Deutschland. Diese Bedrohung ist aber offenbar kein Thema der deutschen Politik (von gut gemeinten Äußerungen der Verteidigungsministerin und einiger Abgeordneter der CDU abgesehen). Die Kanzlerin ist scheinbar nicht an militärischen Fragen interessiert. Die SPD warnt vor angeblich dräuenden Rüstungswettläufen und verliert sich ansonsten in Leerformeln, die die Brandtsche Ostpolitik beschwören. Das Erscheinungsbild der Bundesregierung erinnert stark an die Appeasement Politik der britischen Regierung Eden kurz vom Beginn des Zweiten Weltkrieges. Auch werden Erinnerungen an die Versuche der Truman-Administration nach dem Zweiten Weltkrieg wach, die bis Ende 1946 nicht davon abzubringen war, trotz aller Rückschläge die Sowjetunion zu einer kooperativen Rolle bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung zu bewegen (auch durch Dialogbereitschaft und De-Eskalation)

Im Gegensatz zu Großbritannien gibt es im heutigen Deutschland keinen Politiker vom Gewicht eines Winston Churchills, der auf die Defizite und die Gefahren dieser Be-